



Pensionsraub stoppen! Generalstreik jetzt!

"Jetzt reicht's einfach" war der Grundtenor der Betriebsversammlungen der letzten Wochen. Wut und Kampfbereitschaft sind enorm. Die Betriebsversammlungen (anfänglich vom ÖGB nur als "Informationsveranstaltungen" gedacht) haben eine eigene Dynamik in die politische Auseinandersetzung gebracht. Manche waren so abgehoben organisiert, dass sich die Beschäftigten nicht einmal zu Wort melden konnten. Sprach ein Gewerkschafter das Wort "Streik" aus, wurde er meist von Applaus unterbrochen. Die ÖGB-Spitze kam zunehmend unter Druck: Ohne Arbeitskämpfe gegen die Zerschlagung des Pensionssystems würde die Gewerkschaftsführung jede Autorität bei den Mitgliedern verlieren. Der Druck von unten war ein wesentlicher Grund, warum der ÖGB einstimmig den Streik-Beschluss fasste.



VON MICHAEL GEHMACHER,
SLP-GEWERKSCHAFTSSPRECHER

Pensionsraub: Im Bereich der ASVG-Versicherten soll es, wenn der Regierungsentwurf Gesetz wird, zu Pensionskürzungen von bis zu 25% kommen. Bei der Einführung eines Pensionskonto ("nur" als Vorschlag im Regierungsprogramm vorhanden), drohen Verschlechterungen bis zu 48 %. Besonders heftig ist die Abschaffung der vorzeitigen Alterspension wegen Arbeitslosigkeit mit 2004. Für ältere Arbeitslose ist die Situation hier dramatisch. Die Chancen, einen Job zu bekommen und bis zu 60 oder 65 zu arbeiten, sind minimal. Gleichzeitig plant die Regierung die Abschaffung der Notstandshilfe und die Überführung in ein neues Sozialhilfe. Das bedeutet, dass nach 6 Monaten Arbeitslosengeld, Sozialhilfe beantragt werden muss. Die Regierung will damit nicht nur sparen. Mit der Angst vor der Armut sollen ArbeitnehmerInnen geübt für Unternehmer und weitere soziale Verschlechterungen gemacht werden. Schon jetzt leben in Österreich rund eine Million Menschen an oder unter der Armutsgrenze. Geht der

geplante Regierungsentwurf durch, werden weitere Hunderttausende in die Armut getrieben werden.

ÖSTERREICH IM INTERNATIONALEN TREND

Die internationale Wirtschaftskrise vertieft sich. Weltweit wollen die Unternehmer Sozialkosten senken, um die Profite zu sichern. Die Krise soll auf die ArbeitnehmerInnen abgewälzt werden. Die Propaganda ist in diesem Zusammenhang überall die gleiche. "Eine Pensionsreform ist notwendig, weil die Menschen immer älter werden" lautet der Tenor vieler bürgerlicher Medien, der von regierungsfinanzierten "Experten" unterstützt wird. Die höhere Lebenserwartung wird als Nachteil hingestellt. Aber in den letzten 30 Jahren ist die Produktivität extrem gestiegen! Der technische Fortschritt macht es möglich, schneller und billiger zu produzieren. Dadurch ist ein unglaublicher Reichtum entstanden, von dem die arbeitenden Menschen jedoch nur wenig gesehen haben. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen sinkt über die Jahre kontinuierlich ab. Geschenke an die Unternehmer und die stei-

gende Arbeitslosigkeit haben zusätzlich - etwa durch Beitragsausfälle - Löcher in die Kassen der staatlichen Versicherungssysteme gerissen. Schaut man sich an, wie sich das gesamte Steueraufkommen zusammensetzt, so kommen immer mehr Steuern von den arbeitenden Menschen und immer weniger von den Unternehmern. 43 Milliarden Euro liegen in 1200 steuerfreien Privatstiftungen. Diese Tatsache bringt die Entwicklung auf den Punkt. Nur eine Partei, die bereit ist, mit der neoliberalen Logik zu brechen, kann eine wirkliche Alternative zu den Kürzungen bieten. Der Sozialabbau der "Rot"-Grünen Regierung in Deutschland und die Konzeptlosigkeit der SPÖ zeigen das. Im Gegensatz zu Slogans der ÖGB-Führung wie "sozial reformieren" halten wir jede Verschlechterung für untragbar. Umverteilung von oben nach unten lautet das Rezept zur Pensionssicherung. Die Zerschlagung staatlicher (Ver) Sicherungssysteme treibt ArbeitnehmerInnen nur in die Hände der Banken und Versicherungen. Das erhöht einzig die Profite der Konzerne und macht Pensionen unsicherer.

GENERALSTREIK IST GERECHTFERTIGT

Der jetzige Angriff auf die Pensionen ist von der Dimension her vergleichbar mit der Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie in den 80er und 90er Jahren. Punktuelle Maßnahmen werden den aktuellen Angriff ebenso wenig stoppen, wie ein gemeinsames Vorgehen mit den Unternehmervertretern, wie es Teile der Gewerkschaftsführung noch immer versuchen. Die Sozialpartnerschaft ist schon längst tot! Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung stehen tatsächlich voll hinter dem Geist des Pensionsraubes und werden den Kampfmaßnahmen der ArbeitnehmerInnen mit allen Mitteln begegnen. Isolierte Streiks machen es hier leichter möglich, zwischen verschiedenen Branchen hinein zu spalten und Repression anzudrohen. Bei einem Generalstreik kann hingegen die Kraft aus den Betrieben am besten zusammengefasst werden. Der ÖGB muss seine gesamte Kampfkraft in die Waagschale werfen, um Schwarz-Blau zu stoppen. Ein erster Schritt wäre die Einberufung einer bundesweiten BetriebsrätInnen-Konferenz. Diese Konferenz soll um

VertreterInnen von Schulen und Universitäten erweitert werden. Als nächster Schritt: Ein 24-stündiger Generalstreik als erste Warnung! Es geht um Angriffe auf alle Lohnabhängigen, daher ist gemeinsamer Widerstand wichtig. Ein 24h-Generalstreik ist keineswegs das letzte Mittel. Mit ihm

muss ein Ultimatum an Schwarz-Blau verbunden werden. Es besteht die Chance, die Angriffe abzuwehren und in der Folge sogar eine Reihe von Verbesserungen umzusetzen. Der Streik-Beschluss des ÖGB kam durch Druck von unten zu Stande. Der Druck darf jetzt nicht abreißen

Die Sozialistische Linkspartei steht für:

- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche, 6 Stunden pro Tag bei vollem Lohn- und Personalausgleich, um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.
- Wertschöpfungsabgabe als echte Unternehmerbeiträge zu den sozialen Sicherungssystemen. Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsgesetzes, für echte Steuerprogression. Senkung der Lohnsteuern und Abschaffung aller Massensteuern.
- Offensive Lohnrunden seitens des ÖGB. Ziel dabei muss sein, dass erstens Frauenlöhne an Männerlöhne angeglichen werden und zweitens, dass mindestens Inflation- und Produktivitätssteigerungen abgegolten werden.
- Mindestlohn von EUR 1.100,- netto für alle ArbeitnehmerInnen. Anhebung der Mindestpension und des Arbeitslosengeldes auf EUR 1.100,- netto. Unbefristete Bezugszeit des Arbeitslosengeldes.
- Kostenloser und unbeschränkter Zugang zum Gesundheitswesen für alle in Österreich lebenden Menschen.
- Recht auf Pensionsantritt mit allen Ansprüchen nach 35 Versicherungsjahren für Männer und Frauen ab 50.

In dieser Ausgabe - Seiten 4/5: Besatzung des Irak schafft keinen Frieden
Infos über Aktionen und SLP-News laufend neu auf www.slp.at



Wenn man etwas verkauft, ist das ein gutes Geschäft. Wenn man etwas repariert, kann das auch ein gutes Geschäft sein. Wenn man zuerst etwas verkauft, es anschließend kaputt macht, um für die Reparatur bezahlt zu werden, dann ist das ein wirklich gutes Geschäft. Das wissen vor allem jene Konzerne, die erst an Waffen und nun am "Wiederaufbau" im Irak verdienen. Denn dieser Wiederaufbau will finanziert werden - gratis geben die Unternehmen höchstens abge-

Ein gutes Geschäft

von Sonja Grusch

laufene Medikamente und Nahrungsmittel her, deren Entsorgung sie sich ersparen wollen. Zahlen sollen wir alle, durch unsere Steuern, die großzügig und medienwirksam von Regierungschefs "gespendet" werden. Die Gewinne aber, die beim Krieg und beim Wiederaufbau gemacht werden, streifen die Unternehmen ein. Schoeller-Bleckmann Oilfield Equipment ist eine österreichische Firma. Sie erwartet sich im Irak gewinnbringende Aufträge.

Ja, wir sind für internationale Solidarität. Aber wir sind weder dumm, noch Melkkühe internationaler Konzerne und imperialistischer Regierungen. Könnte die Bevölkerung im Irak frei über die Ölvorkommen entscheiden, wäre der Irak ein reiches Land, ohne Hunger und Wassermangel. Durchsichtig ist auch, warum Schlüssel & Ferrero-Waldner für eine österreichische Beteiligung an UNO-Truppen sind. Sie bietet 1.) eine willkommene Begründung für die Aufrüstung des Bundesheeres und die Stärkung des Berufsheeres, 2.) eine ebenso willkommene Begründung, warum irakische Flüchtlinge in Österreich kein Asyl bekommen werden ("wir sorgen ja eh im Irak für Frieden und Demokratie") und 3.) größere Chancen für österreichische Firmen, am Wiederaufbau zu verdienen. Mittels UNO-Truppen wird weder Demokratie noch Freiheit geschaffen, dafür aber der Krieg nachträglich legitimiert. Schlüssel schert das wenig. Die irakischen Völker brauchen keine Schiedsrichter und Aufpasser von der UNO, die sich mehrheitlich aus Staaten zusammensetzen, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Menschenrechte zählen wenig, wenn es um ein wirklich gutes Geschäft geht.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/15.
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellung und Verlagsort: Wien
DVP: 0820202

Anders. Besser. Wien?

Neoliberale SPÖ - Keine Alternative!

Aus dem politischen Wörterbuch der SPÖ-Wien: "Ausgliederung [Aus: gli: derung]. Gemeint ist eine Überführung von Gemeindebesitz in Kapitalgesellschaften." Hinter diesem internationalen, neoliberalen Konzept - siehe "GATS-Abkommen" - verbergen sich weitreichende Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen. Auch wenn der Wiener Bürgermeister erst jüngst gegen den 'neoliberalen Wahn' der ÖVP polterte - die Politik der Rathaus-SPÖ unterstreicht, dass die Sozialdemokratie keine Alternative zu Schwarz-Blau darstellt.

WOLFGANG FISCHER
SLP WIEN-MITTE

Die SPÖ ist eine erfahrene Ausgliederungs- und Privatisierungspartei: Bereits in den 80er und 90er Jahren haben sozialdemokratische Finanz- und Verstaatlichungsminister jene Privatisierung der ÖTAg auf Bundesebene durchgeführt, die Schwarz-Blau nunmehr abschließt. Doch auch auf der Wiener Gemeindeebene hat das "Outsourcing" bereits längst begonnen. Die Stadtwerke (Gas, E-Werke, Wiener Linien) wurden bereits 1998 unter dem Dach der Stadtwerke AG eigenständige Firmen. Herausgelöst aus der öffentlichen Quersubventionierung (Verbot durch die Maastrichtverträge) waren die Verkehrsbetriebe "gezwungen", den defizitären öffentlichen Verkehr durch Tarifierhöhungen und Einsparungen beim Personal zu finanzieren. Weitere Umwandlungen sind auch bei anderen kommunalen Einrichtungen (Müllentsorgung, (Ab-)Wasser, Spitäler, "Essen auf Rädern," Gemeindefunktionen) geplant oder schon in Umsetzung begriffen.

EFFIZIENZ? SOZIALABBAU!

Als Argumente für "Ausgliederun-

gen" werden Schlagworte wie Effizienz und Leistungssteigerung, Kostensenkung, Entbürokratisierung oder Modernisierung auch von SPÖ PolitikerInnen eingebracht. In der Realität verbergen sich dahinter massive Verschlechterungen sowohl für die Bediensteten als auch für die Bevölkerung. Um nämlich aus non-profit Bereichen Gewinne zu "erwirtschaften", wird einerseits der Druck auf die Beschäftigten erhöht (Sparmaßnahmen, Personalabbau, Lohndumping), gleichzeitig wird der Zugang zu Sozialleistungen für immer mehr Menschen zu einer finanziellen Hürde. Eine "2-Klassen Medizin" zeichnet sich schon heute ab. Ähnliche Entwicklungen sind auch im Bildungs- oder im Pensionssystem fortgeschritten. Das Dogma "Mehr Privat, weniger Staat" bedeutet auch in Wien betriebswirtschaftliches statt soziales Denken. Probleme und deren Lösungen werden zunehmend von der gesellschaftlichen auf die private Kapital-Ebene verlagert.

VON DER AUSGLIEDERUNG ZUR PRIVATISIERUNG

Ausgliederungen in öffentliche Kapitalgesellschaften sind noch keine vollständigen Privatisie-



rungen, aber als drohende Schritte in diese Richtung einzustufen. So ist z.B. keine direkte Einflussnahme des Gemeinderats auf die Tarifgestaltung bei Strom, öffentlichem Verkehr oder zukünftig auch auf das medizinische Angebot in Spitälern (geplante Ausgliederung des Krankenanstaltenverbund (KAV)) mehr möglich. Die Finanzierung des sensiblen Gesundheitssektors könnte schon bald den Profitinteressen von Pharmakonzernen ausgeliefert sein. Erfahrungen wie die Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie zeigen die künftigen Folgen: Kapitalgesellschaften, die sich zunächst zu 100% im öffentlichen Eigentum befinden,

können sehr wohl zu späteren Zeitpunkten an private Investoren übergehen.

WIDERSTAND JETZT!

Obwohl es höchste Zeit für Kampfmaßnahmen wäre, scheint die Gewerkschaftsführung der Gemeindebediensteten (GdG) zu schlafen. Kein Wunder: In kaum einer anderen Gewerkschaft ist die Verzahnung zwischen Dienstgeber (Rathaus-SPÖ) und Gewerkschaftsführung (Rathaus-SPÖ) so eng. Selbst starke Oppositionsgruppen wie die K o n s e q u e n t e Interessensvertretung (KIV) werden mit allen Mitteln an den Rand gedrängt. Wenn es in Zukunft nicht gelingt, diese

Verbandelung zwischen neoliberaler SPÖ und GdG-Spitze zu durchtrennen, drohen nicht nur Niederlagen sondern auch Spaltungen, wie sie die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Bereich der Vorarlberger LehrerInnen bereits provoziert hat. Wir meinen: Es ist notwendig, Proteste und Wut aller Beschäftigten in einem kollektiven gewerkschaftlichen Kampf zu bündeln. Umfassende Streiks bis hin zu einem 24h-Generalstreik sind das einzige taugliche Mittel, weitere Verschlechterungen für alle ArbeitnehmerInnen zu verhindern und Verbesserungen zu erkämpfen. Die SLP wird alle gewerkschaftlichen Schritte in diese Richtung unterstützen.

Nicht länger allein im Kampf

Auf einer Spontandemo kam sie mir das erste Mal unter: die SLP. Mein erster Gedanke: Was bitteschön ist die SLP? Es dauerte nicht lange und ich wusste: SLP steht für sozialistisch und links.

VON JUDITH SCHREIBER, WIEN

Schön, und wofür stehen die? So schnell konnte ich gar nicht fragen, schon hatte ich eine Info-broschüre in der Hand. Während des Lesens war es mir dann schon klar: die sprechen das aus, was ich mir denk! Nach bereits 2 Treffen war ich mir dann sicher: die SLP vertritt genau auch meine Ansichten. Sie hat nicht nur die richtigen Forderungen - sie hilft mir auch, meine Ansichten über den Krieg gegen den Irak, die unfairen Maßnahmen unserer Regierung, Sexismus und viele andere Themen, laut kund zu tun und nicht alles zu schlucken, was einem serviert wird. Ich fühle mich verstanden und angenommen, denn jede/r, der/die für den Sozialismus kämpft, sollte nicht alleine, sondern mit Unterstützung einer Gruppe von netten, kampfberei-



ten jungen Menschen gegen Kapitalismus und Ausbeutung auftreten. Ich fühle mich bestärkt, da ich weiß, ich bin nicht länger alleine und muss mir nicht alles gefallen lassen. Es ist notwendig, sich gegen Sozialabbau, die Pensionsreformen und menschenunwürdige Kriege laut zu äußern. Denn es geht uns alle an und niemand sollte auf seine Meinung verzichten müssen. Ich habe erkannt, dass in einer Gruppe von Menschen zu sein, die so denken wie man selber, einen nur bestärkt und sehr hilft - beim Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch Regierung und Kapitalismus.

Stundenreduktion an Schulen

Entlassung = Entlastung?

Seit geraumer Zeit sorgt der Vorschlag von Bildungsministerin Gehr, 2 Schulstunden zu kürzen, um die SchülerInnen zu entlasten, für heftige Diskussionen und starken Widerstand von LehrerInnen aber auch SchülerInnen.

PETER REGNER,
SCHULSPRECHER AM BRG 9,
SLP WIEN-NORD

Die wahre Belastung für SchülerInnen findet sich sicher nicht in den 2 Wochenstunden Turnen-/Englisch/Musik. Viel eher zu nennen sind: frustrierte LehrerInnen, viel zu großen Klassen, veraltenden Lehrmitteln wegen fehlenden Geldmitteln und vor allem ein Schulsystem, das auf Notendruck und Konkurrenzdenken basiert. Dieses System ist von Grund auf falsch aufgebaut. Die Interessen der Lehrenden und Lernenden mögen sich hin und wieder unterscheiden, aber nicht widersprechen. Selbst wenn eine Stundenreduktion entlastend und sinnvoll wäre, könnte sie gleichzeitig mit einer Senkung der

KlassenschülerInnenhöchstzahl ohne Entlassungen durchgeführt werden. So müssten auch jetzt nicht unzählige JunglehrerInnen arbeitslos sein, während die meisten SchülerInnen sich in Klassen mit bis zu über 35 SchülerInnen "wohlfühlen" sollen.



SCHÜLERINNEN SIND SCHLAUER ALS GEHRER GLAUBT

Dass nicht nur LehrerInnen um ihren Job fürchten, sondern auch SchülerInnen längst den Charakter des Bildungsabbaus erkannt haben, bestätigt die Kundgebung vor dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur am 9. April: mehr SchülerInnen - die ihren freien Tag geopfert haben - als LehrerInnen haben daran teilgenommen, um gemeinsam dagegen zu kämpfen, dass im Bildungsbereich gespart

wird, um das Geld für Projekte wie Abfängjäger oder Steuerreform für die Reichen zu finanzieren. Auch ohne Streikbeschluss der GÖD waren 500 TeilnehmerInnen bei der Kundgebung anwesend. Auch in anderen Städten Österreichs gab es Kundgebungen. In Salzburg demonstrierten 80 SchülerInnen unter dem Motto "Schüler und Lehrer gegen Gehr". LehrerInnen haben diese Aktion unterstützt, jedoch sind sie nicht selbst mitgegangen. Die Gewerkschaftsführung hätte dies aber tun sollen, um die Geschlossenheit der Mehrheit von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern gegen Gehr zu zeigen.

KOORDINATION IST NÖTIG

Der Widerstand ist noch immer vorhanden - zur Zeit äußert er sich in individuellen Aktionen an einzelnen Schulen, wie zum Beispiel dem Aufhängen von Plakaten und Transparenten. Er muss organisiert und koordiniert werden, um mit Streiks die geplanten und alle weiteren Kürzungen zu stoppen!

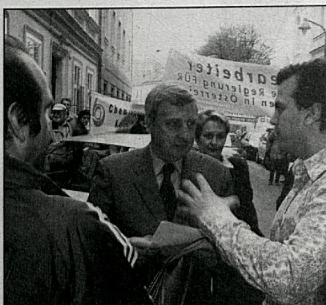
Betriebsversammlung bei Mediaprint in Vösendorf

Warum erschienen am 22. April Krone und Kurier pünktlich?

Als ersten Schritt der Gewerkschaften gegen den Pensionsraub der Regierung gab es landesweit über 1.000 Betriebsversammlungen. Den Auftakt bildeten am 22. April unter anderem die Versammlungen im Druckzentrum der Media-Print. Sie ist ein Beispiel im Kleinen, was im Großen falsch läuft.

VON MICHAEL GEHMACHER, SLP-GEWERKSCHAFTSSPRECHER

M. Gehmacher (rechts) und R. Hobek (PV am PA 1230, GLB, links) in der Debatte mit Fritz Verzetnitsch über die SLP-Resolution zum Thema Pensionen und Generalstreik



Aufgerufen hatten die Betriebsräte aus dem Druckbereich, aus dem Vertrieb und der Angestellten. Ursprünglich war geplant, die Produktion der Kronenzeitung so zu verzögern, dass sich zumindest die Abendkolportage verspätet. Damit wäre bundesweit ein wichtiges Signal gesetzt worden. Am 21. April trat die Unternehmensleitung auf den Plan. Sie intervenierte beim Vorsitzenden der Druck- und Papier-Gewerkschaft Franz Bittner. Die Gewerkschaft gab nach und die Betriebsräte legten die Versammlung so, dass die Produktion nicht behindert wurde. Als Gegenleistung wurde eine "positive Berichterstattung" über die Betriebsversammlung in Aussicht gestellt, die besonders "ÖGB-freundlich" ausfallen soll-

te. So kamen ca. 500 Arbeiter und einige Arbeiterinnen für eine Stunde in die Kantine des Druckzentrums. Die Beschäftigten hörten einer Stunde lang die Reden des Betriebsratsvorsitzenden, von GPA-Chef Sallmutter und DUP-Chef Franz Bittner. Die Ruhe und Geduld waren bemerkenswert - doch bei der Erwähnung des Wortes Streik brach die Versammlung in Applaus aus. Gelegentlich gab es kämpferische Zwischenrufe. Ohne die geringste Möglichkeit zur Debatte wurde die Versammlung pünktlich abgebrochen und die Arbeiter wurden aufgefordert, "an die Maschinen arbeiten zu gehen" (O-Ton des BRV). Am nächsten Tag war in Krone und Kurier kein Unterschied zur üblichen Propaganda zu erken-

nen. Die Versammlung blieb unerwähnt. Soweit zur Glaubwürdigkeit der Unternehmensleitung. Ein Abkommen mit der Geschäftsleitung der Media-Print ist wertlos. Gerade in den kommenden Auseinandersetzungen wird es wichtig sein, auch gegen eine Gewerkschaftsbürokratie zu kämpfen, die solche faulen Kompromisse aushandelt und die ArbeiterInnen in ihrer eigenen Betriebsversammlung zu StatistInnen degradiert. Die Kollegen und Kolleginnen haben sich eine konsequente Interessensvertretung verdient. Die aktuelle Lage würde mit Streiks auch die Möglichkeit bieten, für künftige Auseinandersetzungen kämpferische Strukturen im Betrieb aufzubauen.

Grundig in Wien-Meidling vor dem Aus

850 mit einem Bein auf der Straße

Die TV-Geräte-Produktion von Grundig in Wien Meidling schlittert in die Insolvenz. Die rund 500 ArbeiterInnen warten noch immer auf die März-Löhne. Die Gehälter der rund 350 Angestellten für April werden ebenfalls nicht ausbezahlt. Die KollegInnen werden an den Insolvenzgeldsicherungsfonds verwiesen. Doch bis von dort Geld fließt vergehen Monate, wie ich und meine ehemaligen KollegInnen von Melzer Kopie aus leidvoller Erfahrung berichten können.

VON HARALD MAHRER, SLP MARGARETEN EHEM. BR MELZER KOPIE

Die Gewerkschaft vertröstet die Belegschaft auf den Insolvenzgeldsicherungsfonds und denkt, dass es ausreicht, in den 70ern erkämpft zu haben, dass niemand um sein/ihr Geld umfällt. Dieses Geld wird erst nach Monate langem Rechnen ausbezahlt, wovon die Beschäftigten bis dahin ihre Miete zahlen sollen, beantwortet leider niemand. Die Sozialistische LinksPartei fordert, dass der "Fonds" sofort bezahlt und nachher rechnet (wie das bei jeder Gasrechnung auch funktioniert). Als meine Betriebsratsfraktion diese Forderung bei der Betriebsversammlung bei Melzer-Kopie erhob, wurden wir vom Vertreter der Arbeiterkammer schroff zu-



rückgewiesen, wir mögen froh sein, dass es überhaupt einen solchen Fonds gäbe. Wer solche Vertreter hat, braucht keine "Bosse" mehr!

KLEINER RÜCKBLICK

Vor 10 Jahren wurde das Grundig-Werk in Wien Meidling auf einem von der Stadt Wien geschenktem Grundstück mit großem Tamtam eröffnet. Jetzt steht es vor dem Aus. Den Beschäftigten wird zwar noch Hoffnung gemacht, ein Investor könnte das Werk und die Arbeitsplätze retten. Hinter vorgehaltener Hand geben aber Banker dem Werk auch im Falle einer Übernahme keine Chance. Als 2001 in Nürnberg das Werk von Grundig geschlossen werden sollte, konnte die dortige Belegschaft mit Demonstrationen (siehe Bild) die vollständige Schließung vorübergehend verhindern. Die Produktion wurde später dennoch nach Wien verlegt, der Wiener Betriebsrat begrüßte diese scheinbare Sicherung Wiener Arbeitsplätze und fiel den Nürnberger KollegInnen

damit in den Rücken. Jetzt soll auch in Wien für die 850 von den einst 2.000 KollegInnen Schluss sein. All die "Kooperationsbereitschaft" hat dem Betriebsrat schließlich nichts genutzt.

ES IST 5 VOR 12

Nur ein entschlossenes Vorgehen der Belegschaft und des Betriebsrats kann das Zuspärrücken noch verhindern. Mit Demonstrationen und Streiks bis hin zur Werksbesetzung muss eine Übernahme des Werks durch die öffentliche Hand erzwungen werden, schließlich flossen genug Subventionen in die Taschen von Konzern-Eignerin Chantal Grundig, die sich einen schönen - millionenschweren - Lenz macht. Die Weiterführung des Werkes unter demokratischer Kontrolle durch die Belegschaft ist die Alternative zur Arbeitslosigkeit der allermeisten der 850 betroffenen Frauen und Männer. Dieser Kampf ist schwer und der Ausgang ist keineswegs gewiss. Wenn er aber nicht geführt wird, stehen 850 VerliererInnen bereits fest.

Interview mit einem oberösterreichischen Kollegen bei der Post

Post: Miserable Stimmung

Der Ausverkauf der Post ist eines der Kernprojekte der Bundesregierung. Schmerzliche Folgen - wie die Erhöhung der Gebühren und Senkung der Leistungen - haben wir alle schon zu spüren bekommen. Gleichzeitig werden die Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten unerträglich. Wir führten dieses Interview über die Zukunft der Post mit einem Mitarbeiter des Unternehmens aus Oberösterreich. Auch wenn wir die Rolle der Postgewerkschaftsführung noch kritischer sehen als der interviewte Kollege, wird die Problematik und der nötige Widerstand gegen die Konzernpolitik sehr drastisch erklärt.

Wie viele Mitarbeiter beschäftigt die Post AG derzeit und wie viele sollen "abgebaut werden"? Knapp 30.000. Ursprünglich sollten jährlich 3 % abgebaut werden, nach dem Gewinneinbruch 2002 über Anordnung der ÖTAG jetzt jährlich 5 %.

Was sagen Sie zum Ende der Pragmatisierung?

Für die ArbeitnehmerInnen ist dies das Niederreißen eines Schutzwalls. Sie sind in wesentlich stärkerem Maß der Willkür von Politik und Unternehmensführung ausgeliefert.

Wie wirkt sich die schwarzblaue Regierung noch auf die Post aus?

Wahrscheinlich - wie bereits geplant - durch den Verkauf zumindest eines Teiles der österreichischen Post.

Was ist Ihre Meinung zur Privatisierung der Post?

Eine reine Ideologiesache. Verscherbelt wird alles, was nur irgendwie an "privat" zu verkaufen ist. Tatsache ist, dass die frü-

here Post- und Telegraphenverwaltung jährlich Milliarden Schilling Gewinn an den Staat und damit an alle "Privaten" Österreichs ablieferte. Nach dem Verkauf wird dieser Gewinn nur an die "Privaten" gehen, die Anteile an der Aktiengesellschaft erworben haben.

Was wird die Privatisierung bezüglich Stress und Öffnungszeiten bewirken?

Natürlich die Anpassung der Öffnungszeiten an die des Handels mit allen für die ArbeitnehmerInnen schon bekannten Nachteilen, wie Unvereinbarkeit mit Kindererziehung und Freizeit verbunden.

Hat der einfache Mitarbeiter dadurch mehr Vor- oder mehr Nachteile?

Die Richtung wird von den Managern bereits vorgegeben. Sie arbeiten auch jetzt schon rein gewinnorientiert. Eine weitere Verschärfung der Gangart ist jedoch denkbar.

Hat der leitende Mitarbeiter

dadurch mehr Vor- oder Nachteile?

Die Einkommensschere geht auch bei der Post auf. So gibt es für Führungskräfte saftige Belohnungen - intern als "Kopfgeldprämie" bekannt (Abbau von Arbeitsplätzen) - für das "Erreichen von wirtschaftlichen Zielen".

Sehen Sie Ihren Arbeitsplatz oder Arbeitsplätze Ihrer Mitarbeiter dadurch gefährdet?

Ja, es wird alles versucht, um Mitarbeiter loszuwerden. Da ein relativ hoher Prozentsatz der Bediensteten pragmatisiert ist, hat es das Unternehmen allerdings schwer, diese auf den "gängigen Wegen" loszuwerden. Beliebt sind insbesondere Desinformation, Verschärfung des Arbeitsdrucks, unterschwellige Andeutungen etc. In der Summe wird ein Klima des Terrors geschaffen, das nicht wenige Mitarbeiter aushebelt. Die Folge ist die physische Flucht aus dem Betrieb (Pension, Austritt, Selbstkündigung) oder die innere



Emigration - oft verbunden mit körperlichen Erkrankungen, Angstzuständen, Depressionen.

Wie ist der derzeitige Stimmung bei der Post?

Miserabel! Jeder kämpft für sich ums Überleben. Zusammenhalt gibt es kaum mehr. Sowohl was die einzelnen Geschäftsfelder untereinander, als auch die Gruppen an den einzelnen Dienststellen betrifft.

Wird es zu Protesten bzw. Demonstrationen oder Streiks kommen?

Durchaus möglich. Mitte März fanden die Schwerpunktaktionen im Zustellbereich statt. Werbesendungen, die außerhalb der 40-Stunden-Woche zuzustellen gewesen wären (für ca. 2,50 Euro

pro Stunde), wurden liegen gelassen. Das Unternehmen reagierte mit Kündigungen der kündbaren Mitarbeiter wegen Arbeitsverweigerung. Als Streikbrecher sollten laut informellen Aussagen „Feibra“-Mitarbeiter mit Bussen herangekarrt werden, um die Auslieferung der liegengelassenen Werbesendungen sicher zu stellen. „Feibra“ wurde von der österreichischen Post aufgekauft. Es gab letztendlich ein Übereinkommen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen, nämlich, dass über das Arbeitszeitmodell und die Vergütung neu verhandelt wird. Ein punktueller Dienst nach Vorschrift im Schalterdienst vor einiger Zeit wurde durch das Erscheinen der Vorgesetzten (mit

Kamera!) abgewürgt.

Was sagen Sie zum Verhalten der Gewerkschaft? Hoffen bzw. erwarten Sie Unterstützung seitens der Gewerkschaft?

Die Gewerkschaft versucht, das Beste aus der gegebenen Lage zu machen. Nachdem es dem Unternehmen jedoch schon glückig ist, die Basis zu zerteilen (es gibt mehrere rivalisierende Geschäftsfelder), hat die Gewerkschaft schlechte Karten. Außerdem ist die Gewerkschaft mit einer Rechnungshofkritik betreffend Ausnutzen von Privilegien belastet. Mitarbeiter treten aus der Gewerkschaft aus und schwächen diese dadurch zusätzlich.

Das Interview führte Günter Mörtnerböck (SLP Linz)



Entwarnung für die Anti-Kriegs-Bewegung? Kein Frieden in Sicht!

Der Widerstand, der den US/britischen-Truppen in den ersten beiden Kriegswochen ins Gesicht blies, wurde durch den weit verbreiteten Hass auf die Hussein-Diktatur in Folge abgeschwächt. Die Volksmassen opfereten sich nicht "im Kampf mit nackten Händen", wie es Hussein verlangte. Nichts desto trotz war der Kriegsverlauf - die Pannen und grossen Probleme der Alliierten - ein Vorbote dramatischer Entwicklungen. Die Besatzung bringt keinen Frieden. Wie kann im Irak und weltweit eine Alternative zur gegenwärtigen Barbarei und der Gefahr weiterer Kriege entwickelt werden?

VON FRANZ BREIER JUN., SLP WIEN MITTE

Nicht einmal eine Atempause scheint es zu geben. Selbst jene Bevölkerungsteile, die zum Zeitpunkt des Sieges den US-Truppen jubelten, sind binnen Tagen dazu übergegangen zu sein, den Abzug genau dieser US-Truppen zu fordern. Dies gilt vor allem in den schiitisch dominierten Gebieten (Bevölkerung, die von Hussein besonders unterdrückt wurde) des Südirak. Das erste Treffen des von den US eingesetzten Landverwesers Jay Garner mit diversen irakischen Kräften in Nassirija war ein Misserfolg. Die wichtigste schiitische Gruppe blieb dem Treffen fern. Noch bedeutender war die Massenkundgebung vor dem Verhandlungsort. 20.000 Menschen haben unter anderem den Abzug der USA aus dem Irak gefordert. Ein typischer Slogan lautete: "Nein zu USA, Nein zu Hussein". In der nordirakischen Stadt Mosul wurde von US-Truppen in eine mehrheitlich sunnitische Demo gefeuert, die sich gegen die US- und kurdischen Truppen richtete. Nach diversen Berichten kann man von einem Massaker sprechen: 20 Tote und 60 Verletzte soll es gegeben haben. All diese Ereignisse fanden binnen der ersten Woche nach dem militärischen Triumph von Bush und Blair statt! Weitere und noch größere Manifestationen folgen. Die Freitagsgebete und große religiöse Mobil-machungen führen zu politischen Demonstrationen. Die Morde an Führern verschiedener religiös-politischer Gruppen im Irak deuten weitere Konflikte an. Der Gefahr künftiger BürgerInnenkriege im Irak leisten die USA selbst Vorschub: das Land soll in drei Verwaltungszonen eingeteilt werden. Mittlerweile wird ein großer Teil der ehemaligen Polizei Husseins wieder eingesetzt. Die USA wollen den Repressions-apparat weiter verwenden. Der Missbrauch der berechtigten Hoffnungen auf eine bessere Zukunft für die KurdInnen durch die USA könnte wieder militärische Interventionen und Massaker der Türkei an den KurdInnen nach sich ziehen.

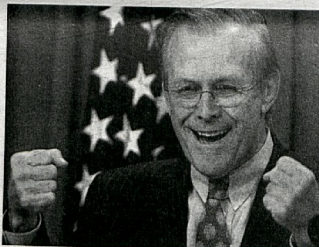
MASSIVE KRÄFTVERSCHIEBUNG GEPLANT

Die Umsetzung eines der wesentlichen Kriegsziele, die unmittelbare Kontrolle über die gewaltigen Ölvorkommen im Irak, wird sofort angegangen. Das Ölministerium ist das einzige, das von den US-Truppen vor Plünderungen geschützt wurde. Die großen Öl-Konzerne drängen auf die raschest mögliche Erschließung bzw. die Wiederaufnahme des Betriebs in den vormals bereits tätigen Ölfeldern. Der Ölreichtum von geschätzten 2.800 Mrd. Dollar soll privatisiert werden. Damit wird den irakischen Massen jede Möglichkeit genommen, sich zu befreien. Selbst wenn die USA und Britannien den irakischen Massen symbolisch ein paar Brosamen abgeben würden; die Kontrolle über die Golfregion werden sie freiwillig nicht abgeben. Zu wichtig ist dem US-Imperialismus die Zerschlagung der Vormachtstellung der OPEC (die wesentlichen Erdöl-exportierende Länder ohne den großen imperialistischen Ländern mit Schwerpunkt im arabischen Raum). Sie übt in der Vergangenheit mit dem Ölpreis immer wieder politischen Druck aus.

ROLLE DER UNO

Die US-Administration scheint aufgrund des Drucks der globalen öffentlichen Meinung gezwungen zu sein, der UNO zur Verwaltung des Elends im Land beschränkte Kompetenzen einzuräumen. Doch die UNO wird für die irakische Bevölkerung keine grundsätzliche Besserung ihrer Situation bringen. Die UNO hat den Krieg nicht verhindert und mit der Sanktionspolitik 100.000e Menschen getötet. Dieser Krieg war die Fortsetzung eines langen Dramas, dem die Region speziell seit den frühen 1980er ausgesetzt ist. Im ersten Golfkrieg des Irak gegen den Iran starben an die zwei Millionen Menschen, im US-Krieg 1991 wurde das Land Jahrzehnte zurückgebombt. Dem folgten regelmäßig weitere Bombardements durch die in der Region dauerhaft stationierten US und britischen Einheiten. Zu allem Überduss verhinderten die UNO-Sanktionen einen Großteil der Lieferungen an Medikamenten und Nahrungsmittel. 17 Millionen sind heute großteils oder zur Gänze von Lebensmittelhilfen abhängig. Die UNO ist nicht die Vertretung der Weltbevölkerung und schon gar keine unabhängige Institution. Sie umfasst knapp 200 Mitgliedsstaaten, von denen in 158 systematisch Menschenrechte gebrochen werden. Das Hilfsmandat der UNO läuft am 12.5. aus. Die USA verweigern eine Verlängerung. Die UNO ist handlungsunfähig. Mit jeder Verschärfung der Krise und den damit einhergehenden Spannungen innerhalb der "Staatsgemeinschaft" wird dies deutlich. Ihre Brauchbarkeit aus

Sicht der Weltbevölkerung beschränkt sich auf die Entwicklung von Statistiken und Zahlenmaterial über das Ausmaß der kapitalistischen Katastrophen. Auf welche Kräfte soll die globale Anti-Kriegs-Bewegung somit bauen?



ALTERNATIVE IM IRAK?

Im Irak gab es einst eine der größten Kommunistischen Parteien. Diese schlitterte aufgrund ihrer stalinistischen Politik (unter anderem der Anbiederung an rückschrittliche Kräfte) in schwere Niederlagen. Sie wurde in Folge in den 60er und 70er von Husseins Ba'ath-Partei großteils vernichtet. Das Versagen der KP ist ein Grund, warum heute verschiedene religiös bis fundamentalistische Organisationen im Nahen und Mittleren Osten eine große Rolle spielen. Ein weiterer ist, dass ebenso die Parteien der säkularen (nicht-religiösen) arabischen Einigungsbewegung keinen Ausweg aus imperialistischer Abhängigkeit und sozialer Not bieten konnten. Gegenwärtig herrscht Unklarheit über Stärke und Verteilung der ArbeiterInnenmacht im Irak. Kriege und Sanktionen haben große Teile der Bevölkerung zu Flüchtlingen gemacht und sie völlig verarmen lassen. Dadurch könnten auch noch so kleinen Gruppen von ArbeiterInnen, möglicherweise in der Ölindustrie, wichtige Aufgaben in sozialen und politischen Konflikten spielen. Vielleicht wird die ArbeiterInnenklasse und die städtische Armut im Irak einige Zeit brauchen, um neue Kräfte hervorzubringen. Der Widerstand gegen Besatzung und deren Marionettenregime scheint vorläufig eine starke religiöse Prägung anzunehmen. Die Methoden und Ideen religiöser oder gar fundamentalistischer Organisationen und Strömungen werden den Menschen keine Lösung ihrer Probleme bringen. Der Schlüssel zur Entstehung von Organisationen, die nicht oder zumindest nicht unmittelbar unter der Dominanz reaktionärer Politiker und Clanführer stehen würden, sind Massenaktionen. Früher oder später werden auch innerhalb einer islamisch geprägten Bewegung die sozialen Widersprüche aufbrechen

und neue fortschrittliche Kräfte entstehen. Eine Voraussetzung für die Lösung der Probleme der irakischen Bevölkerung ist der sofortige Abzug aller imperialistischen Truppen aus der Region, einschließlich der türkischen aus dem Norden. Nur dann könnten die Menschen im Irak überhaupt auf die gewaltigen Öl-Ressourcen zurückgreifen, als Grundlage des Wiederaufbaus der Region. Einen solchen Truppenabzug könnten Massenbewegungen im Nahen Osten und vor allem auch im Westen durchsetzen. Dazu wären Blockaden und Streiks nötig, auch bei uns. Mittlerweile ist vielen klar, dass nicht nur die offensichtlich kriegstreibenden Länder (US, Britannien, Spanien, Italien, Australien ...), sondern auch die Herrschenden in Deutschland, Frankreich, Österreich an der Besatzung im Irak ihren Anteil haben wollen. Ein Ansatzpunkt für solchen Widerstand ergäbe sich aus dem fortgesetzten Sozialraub, der unter anderem aufgrund der Kosten des Krieges geführt wird, speziell in Britannien und den USA.

PERSPEKTIVEN FÜR DIE BESATZUNG

Was erwartet den Irak in den kommenden Jahren? Überprüfen wir anhand konkreter Beispiele folgende Behauptung: Auf kapitalistischer Grundlage ist weder Demokratie, Friede noch soziale Sicherheit von Dauer! Wann haben Sie in den Medien die letzten Erfolgsmeldungen über den angeblichen Aufbau von Demokratie und Stabilität in Afghanistan seit 2001 gelesen? Die diversen Kriegsfürsten haben größtenteils wieder die Kontrolle übernommen. Im März 2002 meinte ein Führer der afghanischen "Nordallianz" in der 'Financial Times': "Die USA haben ein Problem. Einerseits möchten sie die Kriegsfürsten entwaffnen. Andererseits wollen sie diese nicht entwaffnen, da sie nicht wissen, ob sie diese nicht wieder mal brauchen werden." In den 1980er wurde der Aufbau der fundamentalistischen Einheiten (auch Bin Ladins Truppen) von den USA führend unterstützt, als es um den Krieg gegen die Sowjetunion ging. Die Weltbank nennt Afghanistan "eines der ärmsten Länder der Erde". Nach Schätzungen von Weltbank und UNO bräuchte Afghanistan in den kommenden Jahren mindestens 20 Mrd. Dollar. Im Juni 2002 waren von den 2001 versprochenen 1,8 Mrd. Dollar 'Hilfeszahlungen' des Westens erst 360 Mio. eingetroffen. Die USA haben in Summe lächerliche 296 Mio. Dollar zugesagt. Ein einziges Stealth-Bombenflugzeug kostet mehr als das Vierfache! Der Imperialismus bringt keine Grundlagen der Demokratie mit sich. In Afghanistan wurde ursprünglich der ehemalige König als Vorsitzender der Großen Ratsversammlung vorge-

schlagen. Ebenso im Irak: zu den Beratungen mit US-Landverweser Jay Garner wurden die Nachfolger der Feisal-Dynastie eingeladen, deren König von einer Massenbewegung 1958 gestürzt wurde. An die Macht gehiebt wurde dieser Monarch Jahrzehnte zuvor vom britischen Imperialismus.

Am Balkan brachen mit dem Ende des Stalinismus und der endgültigen Wiedereinführung des Kapitalismus in Jugoslawien große soziale Probleme aus. Der Chauvinismus erlebte einen rapiden Anstieg. Der Imperialismus, bzw. die verschiedenen imperialistischen Staaten, haben beim Zerfall Jugoslawiens ordentlich nachgeholfen. Der BürgerInnenkrieg in Bosnien wurde 1995 mit dem Vertrag von Dayton formell beendet. Die französische Zeitung „Le Monde“ zog 7 Jahre nach Dayton eine Bilanz: „die finanzielle Hilfe nährt de facto eine Korruption und einen generalisierten Betrug. ... Mit den Vereinbarungen von Dayton einhergehend hat sich die ethnische Teilung im urbanen Bereich der großen Städte wie im Schulsystem verstärkt, und sie ist von Dauer.“ Die Arbeitslosigkeit liegt laut „Helsinki Komitee für Menschenrechte“ zwischen 18 % und 40 %. Das ist eine Grundlage für kommende Konflikte. Der NATO-Krieg gegen Serbien und Kosova fand 1999 statt. 5.000 Menschen wurden getötet. Im Kosova hat sich die „Kosovarische Befreiungsarmee“ (UCK) der NATO als „Bodentruppen“ angegliedert. Doch die Kosova-AlbanerInnen haben dafür keine Freiheit erhalten. Der „Friedensvertrag“ vom 2. Juni 1999 beinhaltet die Entwaffnung dieser UCK. Das CWI erklärte dazu: „Dieser Deal bedeutet einen kompletten Ausverkauf der Kosova-AlbanerInnen durch die westlichen Mächte. Diese Mächte haben zynisch mit den Hoffnungen der Menschen gespielt. Im Deal wird Kosova die Selbstbestimmung verweigert. ... Jedes Regime, dass von den imperialistischen Mächten aufgebaut werden wird, wird ein verarmtes, undemokratisches und korruptes Protektorat bringen.“

ISRAEL/PALÄSTINA

Ein seit Jahrzehnten ohnedies wichtiger Brennpunkt, der nun wieder an Bedeutung gewinnt, ist der Konflikt in Palästina und Israel. Der Krieg des israelischen Staates gegen die PalästinenserInnen und die Wiederbesetzung der Gebiete ruft enorme Reaktionen im Nahen Osten hervor. Obgleich der Imperialismus keine dauerhafte Lösung für den Israel/Palästina-Konflikt erreichen wird, ist der US-Führung zumindest klar, dass er gewisse Zeichen des „Guten Willens“ in diese Richtung setzen muss. Die Lage in den besetzten Gebieten spitzt sich wieder zu. Bush will, wenn auch mit einem plumpen Versuch, eine Beruhigung der arabischen Welt in der Frage der PalästinenserInnen bewirken. Gleichzeitig müssen die Herrschenden in Israel zufrieden gestellt werden. Deshalb droht Colin Powell gegen Syrien, wegen „Unterstützung des Terrorismus“. Parallel dazu gab es Drohungen gegen Syrien und die vom Libanon aus operierende Hizbollah-Miliz von Seiten des israelischen Verteidigungsministers Mofaz. Der von den USA in Aussicht gestellte „Friedensfahrplan“ wird, wenn überhaupt, nur für kurze Zeit Entspannung bringen. Die dramatische Lage der PalästinenserInnen wird weiter einer der Gründe für die Radikalisierung im gesamten Nahen Osten sein. Ebenso wird, auch im Westen, dies von rechten und rechtsextremen Strömungen für ihren Antisemitismus missbraucht werden. Unsere Aufgabe ist es natürlich vor allem auch, diesen Antisemitismus zu bekämpfen. Denn es sind nicht „die Juden“, sondern es sind die imperialistischen Interessen und die herrschenden Klassen in Israel und Palästina, die einem Frieden im Weg stehen. Im Interesse sowohl der arabischen, palästinensischen wie der jüdischen Bevölkerung in der Region muss eine unabhängige Bewegung der ArbeiterInnen und Jugend einen Ausweg aus dem Konflikt finden. Auf der Grundlage des kapitalistischen Profitsystems ist die Lösung der Probleme von krisengeschüttelten Ländern offensichtlich nicht möglich. Dies gilt umso mehr für Konflikte, in denen nationale, ethnische und religiöse Fragen eine zentrale Rolle spielen. All die geballte Diplomatie des Westens hat bisher keinen Frieden gebracht.

WIDERSPRÜCHE DES KAPITALISMUS

Krieg ist genauso wie die wirtschaftliche Krise ein Bestandteil des kapitalistischen Systems. Die Kapitalisten sind gezwungen, um ihre Profite mög-

lichst hoch zu halten, zu expandieren und mehr zu produzieren. Daraus ergibt sich die Suche nach Absatzmärkten und der Expansionsdrang. Der Kapitalismus steckt in einem Widerspruch: Die Kapitalisten, die am Weltmarkt schwerer oder nicht konkurrieren können, stellen sich gegen diese Entwicklung. Daraus entsteht die Strömung im Kapital, die dem Freihandel diametral entgegengesetzt ist und der mit der Krise zunimmt: der Protektionismus. Das Match zwischen den Kapitalisten und der Nationalstaaten ist die Grundlage für die Kriegstendenzen. Im Profitsystem werden zu viele Güter produziert, die nicht mehr abgesetzt werden können. Dies führt zum Verfall der Marktpreise. Mit Sozialabbau, Massenentlassungen und „Strukturumprogrammierung“ versucht der Kapitalismus, die Last auf die Massen abzuwälzen. Kriege sind eine Möglichkeit, Produktionsanlagen des Gegners und „Menschenmaterial“ zu vernichten.

WIRTSCHAFTLICHER NIEDERGANG

Der Krieg wurde vor dem Hintergrund eines tendenziellen Niedergangs und einer akuten wirtschaftlichen Krise geführt. Die Zunahme kriegerischer Auseinandersetzungen ist eine der Folgen der kapitalistischen Globalisierung. Der Konkurrenzkampf zwischen Konzernen und Nationalstaaten hat sich verschärft. Seit den 1970er sind die Aufschwungsphasen des Kapitalismus immer schwächer und die Krisen tendenziell immer stärker geworden. Dem Sieg der USA im Golfkrieg 1991 folgte eine schwere Rezession, die dem damaligen Präsidenten Bush senior sein Amt kostete. Es ist möglich, dass die USA nun den Ölpreis etwas dämpfen können. Doch dem stehen die Auswirkungen bevorstehender Umstürze im Nahen Osten, die Kriegskosten und deren Auswirkungen auf den Schuldenberg in den USA gegenüber. Kapitalflucht und sinkender Dollar sind die Schreckgespenster für das Kapital, nicht nur in den USA. Deutschland befindet sich als stärkste

Staaten, beruhend auf dem grundlegenden Gegensatz zwischen kapitalistischer und nicht-kapitalistischer (stalinistischer) Welt. Weit von echtem Sozialismus entfernt, waren die Staaten des „Ostblocks“ dennoch ein Problem für den Kapitalismus. Konflikte zwischen einzelnen kapitalistischen Staaten wurden in den Hintergrund gedrängt. Heute ist das anders. Der Zusammenbruch des Stalinismus hinterließ mit den USA die größte einzelne Supermacht. Der Imperialismus wurde in diesem Sinne gestärkt, gleichzeitig jedoch stieg die weltweite Instabilität. Dies bekam der Irak zu spüren. War Hussein in den 80er ein Bündnispartner des Westens (ungeachtet der Verbrechen an Minderheiten und durchaus wegen seines Krieges gegen den Iran), wendete sich das Blatt 1990. Den Einmarsch des Irak in Kuwait konnten die USA nicht hinnehmen. Die fragile „Ordnung“ war ins Wanken geraten. Die USA führten in den 90er Jahren 27 Militärinterventionen durch. Im Kalten Krieg waren die USA 12 mal Kriegspartei.

MEHR ALS EIN MILITÄRISCHER KONFLIKT

Der Krieg kann nicht auf Kampfhandlungen im Irak reduziert werden. Tausende KriegsgegnernInnen wurden in den letzten Monaten in vielen westlichen Ländern und im Nahen Osten verhaftet, verprügelt, verurteilt. Die Bewegung gegen den Krieg darf sich deshalb nicht nur auf den Konflikt im Irak beschränken, sondern muss die Hintergründe sehen und dazu Stellung beziehen: Nein zum Abbau demokratischer Rechte; Verteidigung des Rechts auf Demonstrationen und Streiks. Im schwarz-blauen Regierungsprogramm wird die Aufrüstung Österreichs und eine noch engere Bindung an die NATO bis zum Beitritt veranschlagt. 1.500 Soldaten sollen in eine europäische Armee entsandt werden und das Bundesheer in ein Berufsheer verwandelt werden. Das Asylrecht wird endgültig abgeschafft. Diverse Unternehmen hoffen, am Wiederaufbau im Irak kräftig

Bedeutung: damals beeinflusste der ungebrochene Widerstand der nationalen Befreiungsbewegung Vietnams die Stimmung in den USA und den Reihen der Soldaten, die im Laufe des Krieges erkannten, dass sie für die Interessen einer reichen Elite und der Generale sterben mussten. Der Krieg war für die USA nicht zu gewinnen - trotz der Unsummen (bis zu 12 % des BIP jährlich) die er verschlang. Die Massenproteste in den USA selbst kippten die Lage zugunsten eines US-Rückzugs Mitte der 1970er.

WEITERE "PRÄVENTIVSCHLÄGE" BIS ZUM ATOMKRIEG?

Die neue Doktrin des „Präventivschlags“ (erst bombardieren, dann fragen) wird die Welt weiter verunsichern. Selbst der Einsatz „kleiner“ nuklearer Waffen wird wahrscheinlicher. Noch größere Katastrophen sind deshalb nicht auszuschließen. Die Zukunft der Menschheit wird in den bevorstehenden Kämpfen entschieden werden. Der Einsatz für den Frieden muss unserer Meinung nach mit einem Kampf für die Ersetzung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch eine sozialistische Demokratie verbunden werden. Das wäre eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft demokratisch geplant und nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt statt nach Profit produziert wird. Der Stalinismus hatte damit nichts zu tun. Zwar gab es eine Planwirtschaft, doch es fehlte völlig an der notwendigen ArbeiterInnen-Demokratie und Verwaltung. Die unabdingbare Voraussetzung dazu ist das Vorhandensein einer internationalen Struktur, um zu versuchen, an solchen Ansätzen im Nahen Osten bzw. der arabischen Welt anzuknüpfen. Das CWI verfügt über Organisationen und Gruppen in 37 Ländern auf allen Kontinenten. Wir sind Teil der breiten Anti-Kriegs- sowie der anti-kapitalistischen Bewegung. Die Breite dieser Bewegung zeigt, wie tief verwurzelt der Wunsch nach Frieden in der Gesellschaft ist. Wir bringen sozialistische Ideen in diese Bewegung ein, um diese zu stärken. Wir finden Diskussionen und Auseinandersetzungen um Forderungen, Slogans, Alternativen und wie diese internationale Bewegung ihre Ziele erreichen kann, wichtig und berechtigt. Um das Engagement von AktivistInnen zusammenzufassen und um den Widerstand effektiv zu führen, benötigen wir eine Organisation. Diese ist kein Selbstzweck. Ihre Notwendigkeit ergibt sich aus den Problemen, mit denen wir zu kämpfen haben. Derzeit gibt es keine große Partei, die für die Interessen von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen kämpft. Diese wird in den kommenden Auseinandersetzungen aufgebaut werden müssen. Das heißt nicht, dass wir bloß abwarten sollten. Wir leisten unseren Beitrag schon jetzt. Wer der in diesem Artikel dargelegten Grundlage zustimmt, sollte nicht länger zögern, mit uns über eine aktive Mitarbeit in SLP und CWI zu sprechen.



Wirtschaftsmacht der EU auf dem Weg in die erneute Krise, während Japan nicht aus seiner tiefen Dauerkrise erst gar nicht herausfindet. Der Weltwirtschaft droht eine langgezogene Staginationsphase. Wirtschaftliche und politische Konflikte finden ihre Fortsetzung auf der militärischen Bühne. Tendenzen zum Aufbau militärischer Macht sind nicht nur in den USA erkennbar. Die Mächte der EU verfolgen teilweise andere Projekte. Manche, wie Spanien und Britannien, suchen im Kielwasser der USA Weltpolitik zu betreiben. Das deutsche Kapital will sich ebenso „zu seiner Weltmachtrolle bekennen“ (Helmut Kohl 1991). Dabei geraten die großen Mächte immer häufiger in Interessenskonflikte. Kurz vor der EU-Osterweiterung wurde die EU von einer ihrer schwersten Krisen gebeutelt. Die Differenzen in der Kriegsfrage beruhen auf unterschiedlichen Interessen der jeweiligen Herrschenden bezüglich des Nahen Ostens und strategischer Überlegungen wie z.B. Bündnispolitik. Die Linien verlaufen dabei nicht bloß zwischen den Staaten; auch innerhalb der politischen Eliten gibt es Richtungskämpfe. Blair ist mit der „transatlantischen“ Orientierung das Erbe der rechten Konservativen vom Schläge einer Thatcher angetreten. Der Opposition eines großen Teils innerhalb der „Labour Party“ liegt der Wunsch zugrunde, sich nicht derart von Kontinentaleuropa abzulösen. Zur Zeit des Stalinismus (vor 1989) gab es einen starken inneren Zusammenhalt der kapitalistischen

Staaten, beruhend auf dem grundlegenden Gegensatz zwischen kapitalistischer und nicht-kapitalistischer (stalinistischer) Welt. Weit von echtem Sozialismus entfernt, waren die Staaten des „Ostblocks“ dennoch ein Problem für den Kapitalismus. Konflikte zwischen einzelnen kapitalistischen Staaten wurden in den Hintergrund gedrängt. Heute ist das anders. Der Zusammenbruch des Stalinismus hinterließ mit den USA die größte einzelne Supermacht. Der Imperialismus wurde in diesem Sinne gestärkt, gleichzeitig jedoch stieg die weltweite Instabilität. Dies bekam der Irak zu spüren. War Hussein in den 80er ein Bündnispartner des Westens (ungeachtet der Verbrechen an Minderheiten und durchaus wegen seines Krieges gegen den Iran), wendete sich das Blatt 1990. Den Einmarsch des Irak in Kuwait konnten die USA nicht hinnehmen. Die fragile „Ordnung“ war ins Wanken geraten. Die USA führten in den 90er Jahren 27 Militärinterventionen durch. Im Kalten Krieg waren die USA 12 mal Kriegspartei.

zu verdienen. Das versteckt sich hinter der Phrase „humanitäre Hilfe“ die auch die österreichische Außenministerin Ferrero-Waldner in den letzten Wochen sooft in den Mund genommen hat. Will die Bewegung nicht versagen, muss sie zu diesen Themen klar Stellung beziehen. Die ersten zwei Aprilwochen haben Streiks gegen den Krieg in Italien, Griechenland und Spanien gesehen. Dazu kam der Streik in Frankreich gegen die Angriffe auf die Pensionen. Diese Proteste drücken auch die enorme Ablehnung gegenüber der gesamten neoliberalen Politik aus. Viele ziehen aus dem militärischen Sieg der USA den Schluss, der Imperialismus sei unschlagbar. Krieg und Besatzung bedeuten für die irakische sowie die weltweite Bevölkerung zweifellos eine Niederlage. Nichts desto trotz: Dem Imperialismus können von internationalen und Massenbewegungen in den USA Niederlagen zugefügt werden. In den USA wird aufgrund der Zunahme der sozialen Krisen Bushs Politik in Frage gestellt werden. Der „Krieg gegen den Terror“ konnte seit dem 11. September 2001 von den inneren Schwierigkeiten im US-Kapitalismus ablenken. Doch systematische Bilanzfälschungen, Pleiten wie bei Enron, Entlassungswellen, Abbau demokratischer Rechte, weitere Angriffe auf den Lebensstandard der US-ArbeiterInnenschaft werden in den USA früher oder später volle Wirkung entfalten. Die Niederlage des US-Imperialismus im Vietnam-Krieg ist heute noch von großer

- Für den Abzug aller imperialistischen Truppen aus der Golf-Region. Keine Truppen-Stationierung unter dem Deckmantel UNO. Unabhängigkeit für den Irak. Volles Selbstbestimmungsrecht für die KurdInnen.
- Für internationale Blockade- und Streikaktionen organisiert von Gewerkschaften, um Nachschub für Besatzung bzw. weitere Kriege zu stoppen.
- Keine Beteiligung aus Österreich für Besatzung und Ausbeutung des Irak. Kein Cent für Aufrüstung. Volles Bleiberecht für alle Flüchtlinge.
- Nein zur Privatisierung der Ölindustrie im Irak. Überführung der westlichen Ölkonzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten. Finanzierung des Wiederaufbaus des Irak durch die Profite der Ölkonzerne, Rüstungsindustrie und Banken - keine Abwälzung der Kriegskosten auf die arbeitenden Menschen.
- Wiederaufbau der internationalen sozialistischen und ArbeiterInnen-Bewegung. Nur eine Regierung aus Komitees von ArbeiterInnen, städtischer Armut und der Landbevölkerung im Irak als Teil einer freiwilligen sozialistischen Föderation der Länder im Nahen Osten könnte die Lösung der Probleme in Angriff nehmen.
- Für den Aufbau einer politischen Alternative zu Bush, Blair & Schlüssel: Für neue sozialistische ArbeiterInnen-Parteien international. Für den Aufbau einer starken sozialistischen Internationalen der ArbeiterInnen und Jugendlichen!

Programmathe Herausforderung für SozialistInnen

Sozialismus auf die Tagesordnung setzen!

Der US-Imperialismus hat im Irak einen Scherbenhaufen hinterlassen - selbst bürgerliche Medien sprechen von Chaos und Instabilität. Die Besatzung wird der Region keinen Frieden bringen, sondern die Grundlage für weitere Konflikte legen. Die prekäre Situation der Weltwirtschaft wurde durch den Krieg im Irak nicht gelöst, ungeachtet des militärischen Sieges des Imperialismus. Vielmehr werden sich wirtschaftliche, politische und soziale Auseinandersetzungen zwischen und innerhalb einzelner imperialistischer Staaten verstärken.

VON LAURA RAFETSEDER,
SLP WIEN MITTE

Auch Österreich ist von diesen Entwicklungen nicht isoliert: Die Wachstumsprognosen für 2003 mussten von 1,8 % auf 1 % revidiert werden. Die Demontage von Sozialstaat, Gesundheitswesen und Pensionen durch Schlüssel und Co. werden die soziale Situation weiter verschärfen. 2002 waren wegen der Anhebung des Frühpensionsalters 42 % mehr Männer über 60 und Frauen über 55 arbeitslos als 2001.

WELCHE AUFGABE FÜR SOZIALISTINNEN?

SozialistInnen stehen angesichts dieser Situation vor einer großen Aufgabe: den Kampf gegen Kriegspolitik und Neoliberalismus mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaftsveränderung zu verbinden. Immer mehr Menschen erkennen den Zusammenhang von Krise, Krieg und Kapitalismus. Wir befinden uns in einer Periode zunehmender Klassenkämpfe und sozialer Massenbewegungen gegen die Politik der Herrschenden. Diese Kämpfe können letztlich nur erfolgreich sein, wenn sie mit dem Kampf gegen die Ursachen von Krieg und Sozialabbau verbunden werden. Die Bewegung gegen den Krieg muss sich mit der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung vereinigen, wie einige Teile dieser Bewegungen das bereits getan haben. Sie muss ihren Widerstand gegen das System richten, das Aufrüstung und Krieg genauso hervorbringt, wie Massenarbeitslosigkeit und

Sozialkürzungen. Das ist nur mit einem klaren sozialistischen Programm möglich, das diese Verbindung herstellt.

WOZU EIN PROGRAMM?

Die Gesellschaft verändert sich nicht von selbst. Die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung - Aufstände und Revolutionen der unterdrückten Klassen - zeigt, dass Sieg und Niederlage von einem entscheidenden Faktor abhängen: der Existenz einer revolutionären Partei und einem entsprechenden Programm. Eine Bewegung kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie ein klares gemeinsames Ziel vor Augen hat und es organisiert zu erreichen versucht. Programme gab es seit den Anfängen der ArbeiterInnenbewegung. Nur wenige sind tatsächlich geeignet, um mit dem Kapitalismus zu brechen. In der Antikriegsbewegung sind viele Organisationen vertreten, die unterschiedliche Programme, Positionen und Methoden vertreten. Viele linke Organisationen stellen "Sachzwänge" und "Realpolitik" vor ein revolutionäres Programm. Dahinter steht eine abstrakte Trennung in "Minimal" und "Maximalprogramm" (sprich: Pragmatismus jetzt, Sozialismus irgendwann), wie sie für den "Reformismus" kennzeichnend ist. Auch und vor allem Sozialdemokratie und Stalinismus stützt(en) sich auf diese Trennung. Im Gegensatz dazu schlugen etwa die Bolschewiki 1917 (russische Revolution) immer wieder zwischen den einzelnen Ebenen des Kampfes Brücken. Leo Trotzki hat

in Form der Methode des Übergangsprogramms erklärt, wie diese Brücke gebaut werden kann.

WAS KANN EIN ÜBERGANGSPROGRAMM?

Das Übergangsprogramm ist nicht nur das 1938 von Trotzki verfasste Programm zur Gründung der Vierten Internationale, es ist vor allem eine Methode. Das erste Programm in dieser Hinsicht war das berühmte Kommunistische Manifest von Marx und Engels 1848. Das Übergangsprogramm

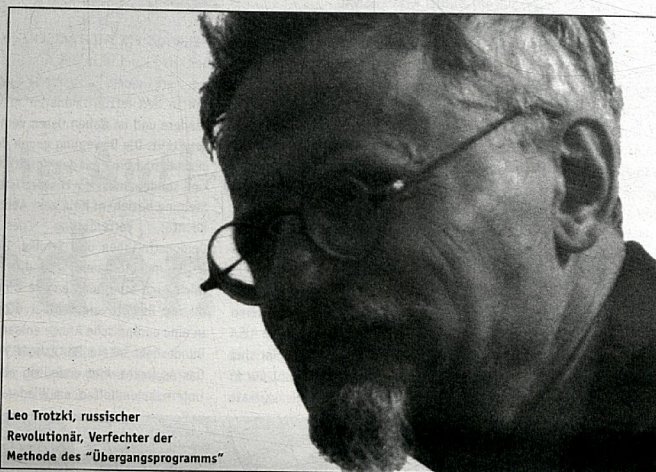
und politischen Situation, und dem Stand des Bewusstseins angepasst, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren oder auf halbem Wege stehen zu bleiben. Die Losung der Bolschewiki 1917 "Land, Friede, Brot" waren z.B. Übergangsforderungen, die ausgehend von Hunger, Elend und Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, den Massen dabei halfen, revolutionäre Schlussfolgerungen zu ziehen. Das beste Programm ist wertlos, wenn es keine Verbindung zu den realen Erfahrungen,

menschenschluss der Völker, sondern ein Zusammenschluss von kapitalistischen Regierungen ist, und dass auch ein von der UNO legitimer Krieg kein "guter" Krieg ist. Wir erklären, dass auch kapitalistische Regierungen, die gegen Bush und Blair auftreten oder sich "neutral" geben, deshalb nicht friedlich oder neutral sind, sondern dass auch sie in ihrem Handeln von eigenen Interessen geleitet und dem Druck und Einfluss von Klassenkräften ausgesetzt sind. Auch sie sind Teil

Million ArbeitnehmerInnen gegen Kriegspolitik, Aufrüstung und die Regierung Berlusconi gestreikt. Klassenkampf mag auf den ersten Blick nicht die einfachere Lösung sein, aber er ist die effektivere.

BRUCH MIT DEM SYSTEM ODER SACHZWANGPOLITIK

Der Kapitalismus befindet sich heute in einer schwierigen Situation. Der Raum für Reformen wird immer enger. Forderungen, die in den 70er Jahren zum Repertoire reformistischer Organisationen gehörten, muten heute geradezu revolutionär an. Die Verteidigung der Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung, des Sozialstaats, des Gesundheits- und Pensionsystems ist in Zeiten verschärfter Klassenkämpfe von oben eine zentrale Aufgabe für MarxistInnen. Einmal erreichte Reformen sind im Kapitalismus ständig in Gefahr. Ein revolutionäres Programm muss erklären, wer sie warum rückgängig machen möchte und wie sie verteidigt werden können. Wir bleiben allerdings dabei nicht stehen. Unsere Forderungen beinhalten u.a. offensive Lohnpolitik und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn. Solche Übergangsforderungen werden z.B. von der neoliberalen Sozialdemokratie heute als unrealistisch und "irreal" abgetan. Unser Schluß daraus: Um Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung zu sichern und offensive Forderungen dauerhaft umsetzen zu können, ist eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft vonnöten, die diese Errungenschaften vor den Zugriff des Neoliberalismus abschafft. Übergangsforderungen verbinden die Kämpfe, die heute anstehen und ausgetragen werden, mit einer klaren sozialistischen Perspektive - nur so kann erreicht werden, dass diese Kämpfe auf Dauer erfolgreich sind.



Leo Trotzki, russischer
Revolutionär, Verfechter der
Methode des "Übergangsprogramms"

als Methode zu begreifen, bedeutet, es auf die jeweilige Situation anzuwenden. Unsere Aufgabe ist es, ArbeitnehmerInnen und Jugendliche zu überzeugen, dass nur eine sozialistische Gesellschaftsveränderung innerhalb des Kapitalismus. Gleichzeitig verbinden wird diese Kämpfe mit einem klaren sozialistischen Programm in Form einer Reihe von Übergangsforderungen. Diese Übergangsforderungen sind den jeweils objektiven Bedingungen, das heisst der wirtschaftlichen

Problemen und Bedürfnissen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen herstellen kann.

KONSEQUENTER INTERNATIONALER KLASSENSTANDPUNKT

Unser Übergangsprogramm baut auf einen konsequenten internationalen Klassenstandpunkt und auf die Methoden der ArbeiterInnenklasse. An der Kriegsfrage wird das deutlich: Während andere Parteien und Organisationen in der Antikriegsbewegung an die Bundesregierung appellieren, für eine "Verurteilung des Krieges" durch die UNO einzutreten, erklären wir, dass die UNO kein Zusam-

der Kriegsmaschinerie. Wie viele europäische Staaten, die nicht direkt am Krieg beteiligt sind, steckt auch Österreich verstärkt Geld in Aufrüstung, während im Sozialbereich gekürzt wird. Anstatt an die UNO oder die Bundesregierung zu appellieren, haben wir stets erklärt, dass der Krieg durch internationale Streiks und Blockaden gestoppt werden hätte können. Streiks hätten gleichzeitig eine größtmögliche Ausweitung und Stärkung der Antikriegsbewegung durch Einbeziehen der organisierten ArbeiterInnenklasse bedeutet. In Italien haben am 2. April 1

Keine Abo-Karte mehr?



Abo per Telefon bestellen:
01/524 63 10

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Die SLP-Treffpunkte:

WIEN-WEST: Jeden Mi. um 19.30 Uhr Club International, 16., Payerg. 14
WIEN-MARGARETEN: Jeden Do. um 19.30 Uhr: Bunte Kuh, 5., Zentag./Siebenbrunneng.
WIEN-MITTE: Jeden Mittwoch um 19 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
WIEN-NORD: Jeden Freitag, 19.00 Uhr "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38
SLP-LINZ: Jeden Samstag, 19.00 Uhr "Alte Welt" (Hauptplatz)
SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN (WIEN): Treffen und Themen bitte erfragen: slp@slp.at oder (01) 524 63 10

Die SWI-Treffpunkte:

Jeden Montag um 19.00 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8
* weitere Treffen bitte erfragen

Die SLP im Mai:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ links entnehmen.

WIEN

DI., 6. 5., VORAUSSEITLICH STREIKTAG GEGEN REGIERUNGANGRIFFE
Genauere Termine und Orte waren bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

FR., 9. 5., 19.00 UHR, ORTSGRUPPE NORD

Zur Geschichte der SLP und unserer Internationale

SO., 11. 5., FAHRT ZUR BEFREIUNGSFEIER NACH MAUTHAUSEN

SCHNELL ANMELDEN - NUR 4,- EURO FAHRTKOSTENBEITRAG, 07.00 UHR BUS-PARK-PLATZ BEIM WESTBAHNHOF/FELBERSTRASSE

MI., 21. 5., 19.00 UHR, ORTSGRUPPE MITTE

Mythos Völkerrecht vor dem Hintergrund der Besatzung des Irak

DO., 15. 5., 19.30 UHR, ORTSGRUPPE MARGARETEN

Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosigkeit

SLP-LINZ jeden Samstag, 19.00 Uhr in der "Alten Welt" (Hauptplatz)

SLP-SALZBURG anzutreffen jeden Dienstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

TAG X WELTWEIT

Am Tag X, dem Tag des Kriegsbeginns gegen den Irak, haben Millionen Menschen gegen Bush und Blairs Krieg demonstriert. An vorderster Front: Schüler und SchülerInnen, die mit Schulstreiks international gezeigt haben, was notwendig ist, um diesen Krieg zu stoppen. In mehr als 36 Ländern in aller Welt waren Mitglieder des CWI führend an Anti-Kriegs-Aktivitäten beteiligt. In den USA, England und Wales, Irland, Australien, Deutschland, Schweden, Belgien, Griechenland und Spanien fanden Schulstreiks statt; in Italien und Spanien riefen die Gewerkschaften zu Streiks gegen den Krieg auf.

Neues aus dem CWI

www.worldsocialist-cwi.org

DEUTSCHLAND

Jugend gegen den Krieg, das von der Sozialistischen Alternative, der deutschen Sektion des CWI, ins Leben gerufen wurde, hat am Tag X bundesweit über 150.000 SchülerInnen auf die Straße gebracht. In einigen Städten haben Schuldirektoren die SchülerInnen in den Schulen eingeschlossen, um sie am Streiken zu hindern. In anderen Fällen haben sich LehrerInnen den Protesten angeschlossen und demonstrierten gemeinsam mit den Jugendlichen. In Berlin fand mit 70.000 Streikenden einer der größten Proteste statt. In Hamburg - 50.000 SchülerInnen gingen am 24. März auf die Straße - ging die Polizei mit Wasserwerfern gegen die DemonstrantInnen vor.

ENGLAND UND WALES

Zehntausende SchülerInnen nahmen am Tag X mit International Socialist Resistance an Schulstreiks gegen Bush und Blairs Kriegspolitik teil. Die SchülerInnen waren hier wie auch in anderen Ländern der dynamischste und aktivste Teil der Anti-Kriegs-Bewegung. In Lewisham, London, wurden SchülerInnen und ISR Mitglieder Opfer von Übergriffen und physischen Attacken durch die Polizei. In Hackney schlossen sich 300 Öffentlich Bedienstete den Protesten an.

KASACHSTAN/CIS

In Almaty protestierten Mitglieder des CWI mit einer Aktion gegen einen Fernsehauftritt des US-Botschafters. Die Aktivisten entrollten ein Anti-Kriegs-Transparent vor Millionen von ZuseherInnen. Und das trotz der Gefahr von Repressionen durch das korrupte Regime Nazarbayevs, das die Kriegspolitik des US-Imperialismus voll und ganz unterstützt. In Moskau organisierten CWI-Aktivisten unter anderem eine Protestaktion vor einer McDonalds-Filiale, die sie mit Papierfiegern "bombardierten".

NEUES IM INTERNET

Aktuelle Analysen und Berichte auf www.worldsocialist-cwi.org. Neu: www.marxist.net, Theorie und Geschichte im Web.

Parlamentswahlen 2003 in Nigeria:

Nigeria: Erfolg für SozialistInnen

Nigerias Geschichte ist, wie die vieler anderer ehemaliger Kolonien, seit der Unabhängigkeit vom Kolonialherren Großbritannien im Jahre 1960 von blutigen Putschen und Militärdiktaturen durchzogen. Trotz des Ölreichtums herrscht Armut und damit die eigentliche Grundlage der ethnischen und regionalen Konflikte. Diktatoren haben immer wieder die Macht an sich gerissen. In der vierten nigerianischen Republik, die 1999 die bisher letzte Militärdiktatur ablöste, haben am 12. April 2003 erstmals Parlamentswahlen stattgefunden.

JAKOB UNTERWURZACHER,
SLP WIEN NORD

Die Wahlen waren geprägt vom Stimmenkauf, der Repression gegen die Opposition, Amtsmissbrauch und Sabotage - kurz Wahlbetrug. Unter Anwendung dieser Mittel schaffte es Präsident Olesegun Obasanjo mit seiner Partei PDP (People's Democratic Party), die absolute Mehrheit zu erringen. Die PDP ist eine Partei der Reichen und Mächtigen. Sie setzt sich zu einem großen Teil aus prominenten bürgerlichen Politikern der 3. Republik (1989-1993) zusammen und hat die Unterstützung des Militärs. Es ist nicht zu erwarten, dass die PDP an der bisherigen Politik etwas ändern wird.

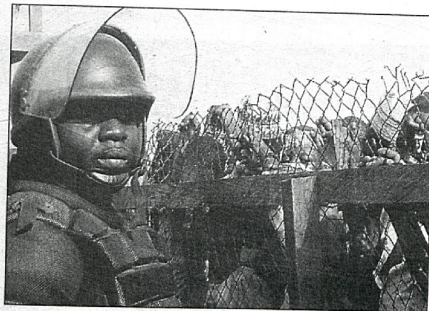
ECHTE VERÄNDERUNGEN SIND NÖTIG

Nach langem Kampf mit der bürgerlich kontrollierten Wahlkommission INEC konnte die National Conscience Party (NCP), eine radikal-demokratische Partei, die in Opposition zu Militär und kor-

rupter Elite steht und in der ein großer Teil von ArbeiterInnen organisiert ist, erstmals bei diesen Wahlen antreten. Lanre Arogundade, ein Gründungsmitglied der DSM (Democratic Socialist Movement - nigerianische Sektion unserer Mutterorganisation CWI) trat im Wahlkreis Lagos West für die NCP an. Er erhielt mit 77.330 Stimmen 9,64% und wurde dritter von 30 Kandidaten, nach der AD (Partei des Gouverneur von Lagos West) und der PDP. Er trat an gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der armen Mehrheit durch die reiche Elite - 90 von 120 Millionen Menschen in Nigeria sind gegenwärtig zu arm, sich elementare Dinge des Lebens wie richtige Wohnungen, Essen oder gar höhere Bildung leisten zu können. Er stand für den Stopp der Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistung wie im Bildungs- und Gesundheitswesen, ein Ende der Korruption und eine gerechte Verteilung des Reichtums des Landes.

WIE DIE DSM MIT DEN MENSCHEN KÄMPFT

Anders als bürgerliche Parteien wie die PDP gewinnt die DSM Stimmen nicht durch teure und aufwendige Wahlwerbung oder direkte Bestechung der WählerInnen. Durch den steten Kampf mit der arbeitenden Bevölkerung für eine Verbesserung ihrer Verhältnisse, dem Klassenkampf der Armen - der Unterdrückten - gegen die Reichen - die Unterdrücker - gewann sie das Vertrauen der Menschen. Die DSM steht unbestechlich auf Seiten der ArbeiterInnen - zum Missfallen der Herrschenden, die mit Repression durch den Staatsapparat antworten. DSM-Mitglieder wie Lanre Arogundade wurden trotz internationaler Proteste willkürlich eingesperrt, politische Veranstaltungen untersagt, auf offener Straße wurden Aktivisten zusammengeschlagen. Mit einem sozialistischen Programm bietet die DSM den ArbeiterInnen von Nigeria echte Perspektiven zur Verbesserung ihrer Lebensumstände. Sie steht für die



Militär sollte wohl auch für das richtige Wahlergebnis sorgen

Ab Abschaffung der Herrschaft der Reichen und die demokratische Kontrolle über das wirtschaftliche Potential des Landes und die Nutzung der wertvollen natürlichen Ressourcen in Nigeria zum Wohle des Volkes, nicht für den Profit einiger Kapitalisten.

GENERALSTREIK

Und auch praktisch und unmittelbar kämpft die DSM mit Nigerias ArbeiterInnenschaft gegen Angriffe von oben: Die DSM spielte eine wichtige Rolle bei der Organisation des unbefristeten Generalstreiks gegen die Erhöhung der Benzinpreise durch Präsident Obasanjo im Januar 2002. Der Streik war ein wichtiges Zeichen für den Aufstieg

einer neuen Bewegung der ArbeiterInnenklasse in Nigeria. Es kam zum Erliegen jeglicher geschäftlicher Aktivität in 35 von 36 Bundesstaaten. Nach zwei Tagen wurde der Streik zwar von der Regierung für illegal erklärt und beendet. Über 83 Menschen wurden wegen der Organisation des Streiks verhaftet, darunter auch Mitglieder des DSM. Aber der Streik zeigte auf, dass es auch in einem von religiösen, ethnischen und Stammesgrenzen zerteilten Land wie Nigeria möglich ist, dass sich die ArbeiterInnenklasse eint und sich gemeinsam, mit den stärksten Mitteln des Klassenkampfes, gegen die Herrschenden aufzulehnen vermag.

Antikriegs- & antikapitalistische Bewegung in den USA

Das andere Nordamerika!

Die Antikriegsbewegung ist die mit Abstand größte internationale Friedensbewegung der Geschichte. In den Massenprotesten und der Wut gegen die imperialistische US-Politik lauert jedoch auch die Gefahr eines nationalistischen Anti-Amerikanismus. Auch dieser Nationalismus spaltet die internationale Bewegung gegen Krieg und Imperialismus. Wir berichten über jene Tausenden, die in den USA gegen die eigene Regierung demonstrieren und von den meisten Medien totgeschwiegen werden.

VON DANIEL HUBER

New York City, 15.2.2003: In der seit dem Vietnamkrieg größten Demonstration versammelten sich 500.000 Menschen gegen die Kriegspläne von Bush. Die DemonstrantInnen wurden eingepfercht und Tausende wurden von der Polizei daran gehindert, sich der Demonstration anzuschließen. Die berittene Polizei setzte Pfefferspray und Schlagstöcke ein, etwa 320 Menschen wurden verhaftet. In San Francisco wurden über 1000 DemonstrantInnen in "Gewahrsam" genommen. 200 AktivistInnen wurden von der Polizei abgeführt, als sie sich zu einem "Die-In" (symbolisches Massensterben) auf New York's 5th Avenue versammelten. Der Höhepunkt der Polizeibrutalität war der 7. April in Oakland (Kalifornien), als die Polizei hunderte friedliche DemonstrantInnen zusammenpferchte und mit golfballgroßen Gummigeschossen auf die Menschenmenge feuerte.

MEDIENTALS

BUSH'S HANDLANGER

Paradebeispiel für die Propagandamaschinerie ist der Sender

FOX. Über Antikriegsdemonstrationen wird meist gar nicht berichtet, und wenn dann werden die DemonstrantInnen als "unpatriotisch", ja sogar als "Saddam-Liebhaber" bezeichnet. Berichte über einige wenige Kundgebungen von Kriegsbefürwortern werden dafür aufgeblasen.

Trotzdem gingen die Proteste weiter. Am 15. Februar wurde in mehr als 150 amerikanischen Städten gegen den Krieg demonstriert: u.a. New York (500.000), Los Angeles (über 100.000), San Francisco (80.000), Washington DC (200.000) und Boston (50.000). Am 22. März beim nächsten internationalen Antikriegstag fand eine Grossdemonstration in New York City mit über 250.000 Menschen statt, diesmal sogar mit der "Erlaubnis", zu marschieren.

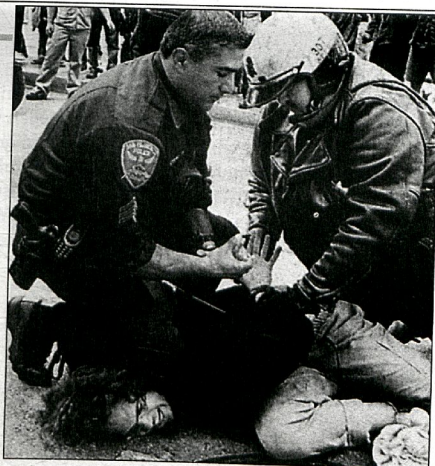
SCHÜLERINNEN AM TAG X

Ähnlich wie in Österreich stand auch in den USA der Tag des Kriegsbeginns, im Zeichen von Jugendprotesten: In Seattle (Washington) zogen etwa 10.000 Jugendliche mit lauten Sprechchören durch die Straßen. In Minneapolis (Minnesota) betei-

ligten sich 3000 SchülerInnen aus 41 Schulen an den Protesten. Bei den anschließend stattfindenden Diskussionen in der Universität von Minnesota äußerten hunderte Jugendlichen in überfüllten Sälen ihre Ablehnung gegenüber dem Krieg.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT STATT ANTIAMERIKANISMUS

Die Proteste zeigen, dass es "die USA" so nicht gibt. Es gibt Arm und Reich, es gibt Menschen, die für und gegen den Krieg sind. Statt mit Boykotten und plumphem Anti-Amerikanismus der Logik von Bush - "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns" - zu folgen, sind die Schwesterorganisationen der SLP auf der ganzen Welt gemeinsam gegen den Krieg aufgetreten. In den USA hatte die "Socialist Alternative" wesentlichen Anteil an der Organisation und Durchführung der SchülerInnenproteste. Durch die Gründung von Anti-Kriegs-Gruppen wie z.B. an der Universität von Washington und die Verteilung tausender Flugblätter wurden Jugendliche organisiert, Demonstrationen angemeldet und Diskussionen veranstaltet. Über die "Walk-



Outs" am Tag des Kriegsbeginns berichteten sowohl lokale Zeitungen als auch nationale Fernsehsender. Tausende junge Menschen haben am Tag X gezeigt, dass sie sich die Politik "Ihres" Präsidenten nicht länger gefallen lassen wollen.

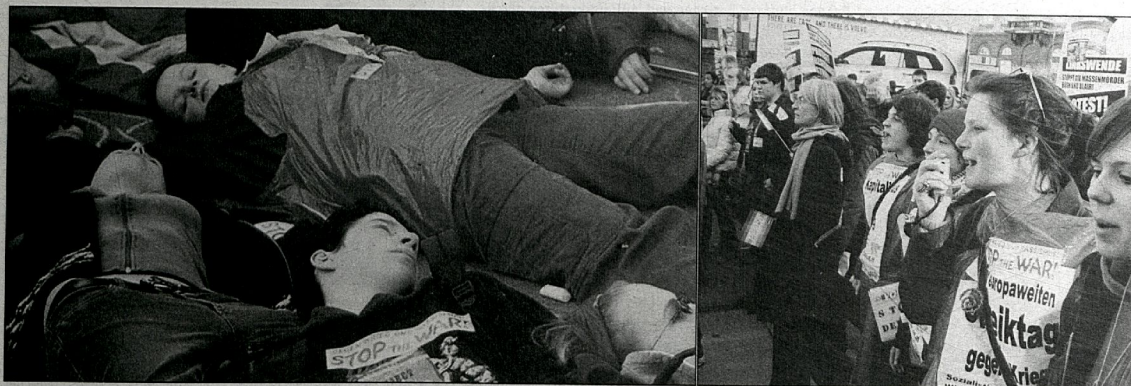
KEINE DEMOKRATIE IN DEN USA

Die Antikriegsbewegung zeigt, dass es in den USA mit Demokratie nicht weit her ist. Menschen wird das grundlegende Recht, auf die Straße zu gehen und ihre Meinung zu äußern, verweigert. Sie werden von gesteuerten Medien eingeschüchert und beeinflusst, um die Kriege zu tolerieren und zu unterstützen, die der Imperialismus benötigt, um weiter andere Märkte und Länder ausbeuten zu können, und damit die Kluft zwischen Arm und

Reich weiter öffnet. Ein Land, regiert von zwei kapitalistischen Großparteien, die den Wirtschaftsinteressen alles unterordnen: von der vielgepriesenen "Freiheit" und "Demokratie", die George Bush der irakischen Bevölkerung bringen will, ist nichts zu sehen. Es ist daher auch unsere Aufgabe, Solidarität mit den AktivistInnen der US-Antikriegsbewegung zu organisieren, und zu verhindern, dass die Politik gieriger Ölkonzerne und Politiker weiterbestehen kann. Wir die Betroffenen - ArbeiterInnen und Jugendliche in verschiedenen Ländern - lassen uns nicht mehr gegeneinander ausspielen! Es gilt, gemeinsam gegen Krieg und Kapitalismus zu kämpfen, damit bald echte statt nur scheinbare Freiheit und Demokratie für alle Menschen möglich wird.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau!
Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn EUR 1.100,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot!
Enteignung der SpekulantInnen!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft.
- Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerenschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen.
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.



Krise, Krieg, Kapitalismus

They say cut back, we say fight back!

Krieg, Sozialabbau, Rassismus, Bildungsabbau, Pensionsklau, Arbeitslosigkeit,... Der Kapitalismus steckt in der Krise und die soll jetzt auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und vor allem auch Jugendlichen ausgetragen werden! Dagegen werden wir uns wehren! Welche Möglichkeiten wir im Kampf zur Verteidigung unserer Interessen haben, wie solche Kämpfe in der Geschichte bereits gewonnen wurden, und warum unsere Antwort auf ihre Krise Sozialismus heißt, werden wir auf dem bundesweiten Camp von Sozialistischer Widerstand International mit internationalen Gästen diskutieren. Sonnenschein inklusive!

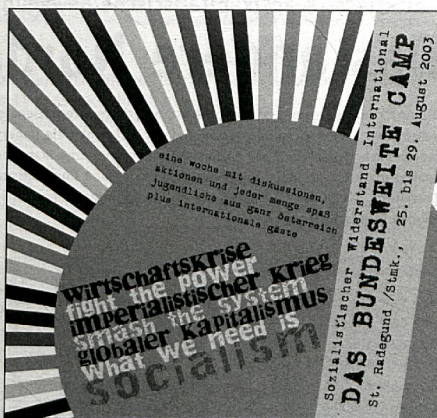
VON MARIA HÖRTNER
UND IRENE MÜLLER
SWI WIEN, SLP MARGARETEN

Ob Sozialabbau, Bildungsabbau, Arbeitslosigkeit oder Krieg: Jugendliche gehören fast immer zu der am stärksten betroffenen Gruppe der Gesellschaft, und fast immer werden sie von Entscheidungsprozessen wie zum Beispiel Wahlen ausgeschlossen. Jugendliche stehen international aber auch an der Spitze von sozialen und politischen Bewegungen. Die globalisierte Protestbewegung und die Anti-Kriegsbewegung sind hier nur zwei Beispiele. Jugendliche waren auch ein wesentlicher Teil der Befreiungsbewegung gegen das Apartheidregime in Südafrika, wo sie nicht nur Schulen und Universitäten bestreikt und besetzt, sondern auch Straßen- und Wohnblockkomitees aufgebaut haben, um sich gegen die rassistischen Übergriffe und die Willkür des Regimes organisiert zur Wehr zu setzen. Jüngere Beispiele sind die internationalen

Schulstreiks gegen den Irakkrieg, die von ISR (International Socialist Resistance) initiiert und mitorganisiert wurden. Weltweit waren Hunderttausende von Jugendlichen auf der Straße, um für ein sofortiges Ende des Krieges zu kämpfen. Damit solche Kämpfe in Zukunft noch erfolgreicher sein können, müssen wir uns organisieren. Aus diesem Grund wurde ISR 2001 in Brüssel gegründet. Um auch in Österreich eine starke und kämpferische Organisation von ISR aufzubauen, wollen wir diesen Sommer - vom 24. bis zum 29. August - ein Camp in St. Radegund (Stmk) abhalten. Dort wollen wir unter dem Motto "Krise, Krieg, Kapitalismus - they say cut back, we say fight back!" diskutieren, mit welchen Angriffen wir in nächster Zeit rechnen können, und wie wir uns am wirkungsvollsten dagegen wehren.

DISKUSSION UND AKTION
Bei zahlreichen Workshops soll die tiefere Auseinandersetzung

mit bestimmten Themen ermöglicht werden - die Bandbreite der Arbeitskreise reicht von Imperialismus/Krieg über Rechtsextremismus bis hin zu Gewerkschaftsarbeit und Black Panthers. Mehrere Frauenpolitische Themen wie z. B.: "Frauen im Kampf - welcher Weg zur Gleichberechtigung?" stehen natürlich auch auf der Tagesordnung. Letztendlich wollen wir auch der Frage nachgehen, die sich sicher die meisten Personen beim ersten Kontakt mit sozialistischen Ideen stellen "Ist der Mensch nicht zu schlecht für den Sozialismus?". Ein Schwerpunkt der inhaltlichen Beschäftigung soll die Diskussion darüber sein, mit welchen Methoden wir Krise, Krieg und Kapitalismus bekämpfen können. Innerhalb der globalen Protestbewegung hat es häufig Uneinigkeiten über die Vorgangsweisen und die Methoden von politischen Bewegungen gegeben. Deswegen finden wir es umso wichtiger, sich ausführlich mit diesem Themenkomplex auseinanderzusetzen. Dies soll unter



Von 25. bis 29. August in St. Radegund /Stmk.: Das bundesweite Camp von SWI. Anmeldungen und Informationen unter Tel. 01/524 63 10

anderem anhand geschichtlicher Beispiele, wie dem spanischen BürgerInnenkrieg oder der russischen Revolution, aber auch durch eine Betrachtung der jetzigen antikapitalistischen Bewegung ermöglicht werden. Zentral hierbei ist auch die Rolle, die Jugendliche in all diesen Kämpfen spielen. Weiters geplant für dieses Camp sind ein Tagesausflug nach Graz - in die "Kulturhauptstadt 2003" - und eine größere Podiumsdiskussion mit einer/m GewerkschaftsvertreterIn zum Thema "GATS - über die Privatisierung von Dienstleistungen". Neben all diesen theoretischen Workshops sollte die Praxis jedoch nicht auf

der Strecke bleiben, deswegen wird es auch einige praktische Arbeitskreise geben, bei denen man/frau beispielsweise Flugis layoutieren lernen kann und einige rhetorische Tipps und Tricks erklärt bekommt. Weil SWI Teil einer internationalen Organisation ist (International Socialist Resistance) wird es auch genug Platz zum Erfahrungsaustausch mit AktivistInnen aus anderen Ländern geben. Außerdem wird (speziell für weibliche TeilnehmerInnen) ein Selbstverteidigungskurs unter professioneller Führung angeboten. Also, wenn euch das alles zusagt und ihr interessiert seid, mitzufahren, zögert nicht!